

ökonomische Gründe. Ich möchte nur noch auf diesen letzten Teil eingehen.

Ganz kurz: Wenn man weiss, wie solche Beschaffungsaufträge in der Rüstungsindustrie eingestellt werden müssen und dass es auch eine Planbarkeit braucht, damit diese Beschaffungen just in time ausgeführt werden können, weiss man auch, dass es eine gewisse Verlässlichkeit braucht. Wenn wir einfach das Gefühl haben, wir könnten solche Aufträge von heute auf das nächste Jahr verschieben, wo sie dann ja wieder ein Thema werden, dann bekommen wir am Schluss nicht nur ein Problem in der Industrie, die diese Aufträge ausführen muss, sondern – seien wir ehrlich – immer mehr auch einen Finanzierungsstau. Wir haben schon diverse Male darüber diskutiert. Auch wenn wir entschieden haben, den Entscheid zum Tiger-Ersatz bis ins Jahr 2015 hinauszuschieben, müssen wir uns irgendwann im Klaren sein, was wir wann für welche Beträge beschaffen wollen. Aus diesen Gründen ist es richtig, dass wir jetzt die 70 zusätzlichen Mannschaftstransportfahrzeuge beschaffen und die Beschaffung nicht auf die lange Bank schieben.

Noch einmal: Im Namen der BDP-Fraktion bitte ich Sie, den Antrag der Mehrheit zu unterstützen und auf die Beschlüsse des Ständerates nicht einzugehen.

Maurer Ueli, Bundesrat: Ich bitte Sie ebenfalls, der Mehrheit zu folgen. Aus unserer Sicht gibt es dafür fünf Gründe:

1. Die Kompensation: Der Ständerat und die Minderheit der Kommission möchten ja, dass wir die Beschaffung der Mannschaftstransportfahrzeuge sofort kompensieren. Es ist unseres Erachtens nicht nötig, das hier explizit festzuhalten, weil wir diese Beschaffung in den nächsten Jahren ohnehin kompensieren müssen. Das Rüstungsprogramm ist ja nicht budgetrelevant, sondern es verpflichtet uns, die Kredite in den nächsten Budgets einzustellen. Damit sind wir ohnehin zur Kompensation gezwungen. Das hier zu verdeutlichen bringt nichts.

2. Die Beschaffung: Wir können nicht einfach sämtliche Beschaffungen hinausschieben. Wir haben jetzt die Beschaffung wichtiger Güter verschoben – der Ersatz für den Tiger ist ein solches Geschäft –, aber wenn wir alles verschieben, dann haben wir am Schluss keine Möglichkeit mehr, die nötigen Beschaffungen im Rahmen des Budgets und der Schuldenbremse einzubringen. Wir sollten heute das beschaffen können, was unbestritten ist; das spricht dafür, diese Kredite jetzt zu bewilligen.

3. Die Sicherheit: Wir haben Fahrzeuge, die nicht sicher sind. Wir hatten mit solchen Fahrzeugen tödliche Unfälle. Das Parlament kann es sich meines Erachtens nicht leisten, Fahrzeuge nicht zu beschaffen, die der Sicherheit unserer Soldaten dienen.

4. Die Unterhaltskosten: Ein Teil der Fahrzeuge, die wir ersetzen möchten, ist 30- bis 45-jährig, da wird der Unterhalt einfach zu teuer. Die Einzelanfertigung von Ersatzteilen können Sie sich und können wir uns nicht leisten. Es macht keinen Sinn, so alte Fahrzeuge zu unterhalten; es ist einfach zu teuer.

5. Der Umweltschutz: Wir sprechen heute von der Euronorm 5, der Euronorm 6; bei 45-jährigen Fahrzeugen sprechen wir noch gar nicht von Euronorm. Das Parlament ist nicht glaubwürdig, wenn es ständig strengere Normen für den zivilen Verkehr vorgibt und gleichzeitig die Armee mit solchen Fahrzeugen herumfahren lässt.

Insgesamt spricht eigentlich alles für den Antrag der Mehrheit. Es gibt keine Gründe, die für den Antrag der Minderheit sprechen. Ich bitte Sie, der Mehrheit zu folgen.

Chopard-Acklin Max (S, AG): Herr Bundesrat, ich entnehme dem Amtlichen Bulletin des Ständerates, dass dieser der Empfehlung seiner Finanzkommission folgen will, die argumentiert, eine Erhöhung des Verpflichtungskredits würde die künftigen Tranchen der Zahlungskredite aus dem Lot bringen. Sagen Sie nun, dass die Finanzkommission des Ständerates mit dieser Argumentationslinie auf dem Holzweg ist, oder hat diese ihre Berechtigung?

Maurer Ueli, Bundesrat: Ich bin nicht der Meinung, dass sie auf dem Holzweg ist, aber sie hat diesen Entscheid im Nebel getroffen und deshalb keine Klarheit gehabt. Es ist ja eben ein Rüstungskredit, er hat keine unmittelbaren Auswirkungen auf das Budget, und wir müssen es ohnehin kompensieren. Wenn Sie das jetzt beschliessen, kompensieren wir ohnehin, weil in den nächsten Jahren weniger Geld zur Verfügung steht. Wir müssten es zwangsläufig im nächsten Budget bringen, um die Teuerung auszugleichen.

Die Empfehlung der Finanzkommission ist zumindest nicht stichhaltig, weil die Kompensation durch das spezielle Rechnungswesen des VBS ohnehin gegeben ist: Wir haben den Plafond. Der Verpflichtungskredit ist nicht unmittelbar budgetrelevant, und deshalb ist das ohnehin zu kompensieren.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 10.028/4828)

Für den Antrag der Mehrheit ... 115 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 60 Stimmen

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 10.028/4829)

Für Annahme der Ausgabe ... 117 Stimmen

Dagegen ... 53 Stimmen

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

10.049

Bankengesetz (Sicherung der Einlagen). Änderung

Loi sur les banques (garantie des dépôts). Modification

Dringlichkeitsklausel – Clause d'urgence

Botschaft des Bundesrates 12.05.10 (BBI 2010 3993)

Message du Conseil fédéral 12.05.10 (FF 2010 3645)

Ständerat/Conseil des Etats 15.09.10 (Erstrat – Premier Conseil)

Zusatzbotschaft des Bundesrates 01.10.10 (BBI 2010 7495)

Message complémentaire du Conseil fédéral 01.10.10 (FF 2010 6853)

Bericht WAK-NR 01.11.10

Rapport CER-CN 01.11.10

Nationalrat/Conseil national 29.11.10 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 07.12.10 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 09.12.10 (Dringlichkeitsklausel – Clause d'urgence)

Ständerat/Conseil des Etats 17.12.10 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 17.12.10 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses 1 (AS 2010 6405)

Texte de l'acte législatif 1 (RO 2010 6405)

1. Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen (Verstärkung des Einlegerschutzes)

1. Loi fédérale sur les banques et les caisses d'épargne (Renforcement de la protection des déposants)

Le président (Germanier Jean-René, président): Conformément à l'article 77 alinéa 2 de la loi sur le Parlement, le vote sur la clause d'urgence n'intervient qu'une fois que les divergences sont éliminées. Comme le Conseil national s'est rallié le 29 novembre 2010 aux décisions du Conseil des Etats, nous pouvons procéder au vote sur la clause d'urgence.

Celle-ci est la suivante: «La présente loi est déclarée urgente conformément à l'article 165 alinéa 1 de la Constitution fédérale. Elle est sujette au référendum facultatif en

vertu de l'article 141 alinéa 1 lettre b de la Constitution fédérale.»

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 10.049/4831)

Für Annahme der Dringlichkeitsklausel ... 176 Stimmen
(Einstimmigkeit)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

10.041

Voranschlag der Eidgenossenschaft 2011 Budget de la Confédération 2011

Differenzen – Divergences

Botschaft des Bundesrates 18.08.10

Message du Conseil fédéral 18.08.10

Bestellung: BBL, Vertrieb Publikationen, 3003 Bern

Commande: OFCL, diffusion des publications, 3003 Berne

Nationalrat/Conseil national 29.11.10 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 30.11.10 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 01.12.10 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 06.12.10 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 06.12.10 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 07.12.10 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 09.12.10 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 13.12.10 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 14.12.10 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 15.12.10 (Differenzen – Divergences)

1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten

1. Budget des unités administratives

Behörden und Gerichte – Autorités et tribunaux

101 Bundesversammlung

101 Assemblée fédérale

Antrag der Mehrheit

A2100.0001 Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Heim, Bänziger, Carobbio Guscetti, Levrat, Schelbert, Vischer, Wyss Ursula)

A2100.0001 Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge
Festhalten

Proposition de la majorité

A2100.0001 Rétribution du personnel et cotisations de l'employeur

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Heim, Bänziger, Carobbio Guscetti, Levrat, Schelbert, Vischer, Wyss Ursula)

A2100.0001 Rétribution du personnel et cotisations de l'employeur
Maintenir

Heim Bea (S, SO): Ich möchte Ihnen in Erinnerung rufen, dass es die GPK des Ständerates und des Nationalrates sind, die geschlossen mehr Ressourcen fordern. Die Arbeit nimmt seit Jahren zu, und zwar unabhängig von besonderen Ereignissen wie der UBS-Affäre und der Libyen-Krise. Es wird auch in Zukunft viel Arbeit zu leisten sein, denn es gibt Fälle, die schon seit zwei Jahren einer Erledigung harren.

Unser Entscheid heute darf durchaus auch als Signal gewertet werden, welchen Stellenwert wir als Parlament der Tätigkeit der GPK, also der Aufsicht, geben.

Dem Begehren der beiden Kommissionen nur zur Hälfte Rechnung zu tragen wird weder der Aufgabenlast noch der Bedeutung der Tätigkeit der GPK gerecht. Für die Minderheit ist die politische Aufsicht eine zentrale Aufgabe. Ich möchte Sie auch daran erinnern, dass wir hier über einen Mehrbetrag von 290 000 Franken entscheiden. Eine so wichtige Aufgabe, wie sie die GPK haben, muss uns dieses Geld wert sein. Sie haben in der ersten Beratung dem Begehren der beiden GPK mit deutlichem Mehr zugestimmt, der Ständerat hat äusserst knapp, mit 21 zu 20 Stimmen, eine Differenz von 290 000 Franken geschaffen.

Im Namen der Minderheit und der SP-Fraktion bitte ich Sie: Bleiben Sie bei Ihrem Entscheid, stimmen Sie dem Begehren der beiden GPK, die das geschlossen fordern, noch einmal zu. Der neuste Antrag der Kommissionsmehrheit greift zu kurz. Sagen Sie Ja zum höheren Betrag – schlicht, weil es ihn braucht.

Schwander Pirmin (V, SZ): Namens der SVP-Fraktion beantrage ich Ihnen, der Mehrheit zu folgen, und zwar aus folgenden Gründen: Die Notwendigkeit einer Aufstockung des Personals bei den GPK wird auch von der Mehrheit nicht bestritten. Die Frage ist lediglich, wie umfangreich die Aufstockung sein muss. Unsere Verwaltungsdelegation schlägt uns eine pragmatische Lösung vor; wir haben sie in der Finanzkommission angehört. Diese pragmatische Lösung sieht wie folgt aus:

1. Per Ende Jahr werden die Überstunden über einen Nachtragskredit mit gewöhnlichem Vorschuss ausgeglichen. Wir können also per 1. Januar 2011 neu starten.

2. Die Sekretariate sollen einander aushelfen, um so Spitzen brechen zu können.

3. Die Verwaltungsdelegation hat zugesichert, die Arbeitslast über alle Sekretariate hinweg laufend zu überwachen und notfalls rechtzeitig zu agieren. Ich denke, es ist ein pragmatischer Weg, wenn das hier beobachtet wird.

Wir sind überzeugt, dass dieser Weg effizient ist, dass dieser Weg zielführender ist, als wenn wir jetzt einfach aufstocken, obwohl wir entsprechende Projekte für die Zukunft gar nicht kennen.

Binder Max (V, ZH): Für einmal bin ich mit Herrn Schwander nicht einig und auch nicht einverstanden. Ich spreche als GPK-Mitglied der SVP-Fraktion, in Absprache aber auch mit unserer Fraktion. Ich bitte Sie, hier der Minderheit Heim zu folgen. Beide GPK haben sich sehr genau überlegt, was sie hier fordern. Wir fordern das nicht einfach, um aufzustocken, wie Herr Schwander gesagt hat, sondern wir fordern diese Aufstockung im Bereich der GPK wegen der Arbeitsbelastung.

Als langjähriges Mitglied der GPK kann ich Ihnen auch sagen, dass dieses oder das letzte Jahr keine Einzelfälle waren. Ich erinnere Sie daran, dass viele Geschäfte eigentlich von aussen kommen und unverhofft in unser ganz normales Prüfungsprogramm eingreifen. Ich kann Ihnen das aus Sicht der Subkommission EDI/UEK sagen, die ich präsidiere. Da kam plötzlich die Thematik der Labortarife auf; das haben wir nie geplant, mussten es aber behandeln. Es kam plötzlich auch das Thema der Situation der Kaderleute an der ETH auf. Das mussten wir behandeln, weil es eine Aufsichtsbeschwerde gab. Es gibt also Geschäfte, die unverhofft an uns herangetragen werden, und es wäre auch gegenüber unserer Bevölkerung falsch, wenn wir solche Geschäfte nicht behandeln würden. Das aber führt dazu, dass wir im ordentlichen Programm Geschäfte zurückstellen müssen, was unerfreulich ist. Ich darf Ihnen sagen, dass die Minderheit Ihnen hier einen massvollen Antrag stellt. Ich kann Ihnen auch sagen, dass Sie uns eigentlich als Arbeitgeber verstehen sollten. Ein Arbeitgeber stellt nicht mehr Personal ein, als er wirklich braucht.

Aus meiner langjährigen Erfahrung in der GPK habe ich dieses Wissen und auch ein gutes Gewissen – das kann ich Ih-